

## **Sprache in der Demokratie – oder ohne Sprachbewusstsein keine politisch angemessene Partizipation**

*Ekkehard Felder*

### **Bemerkungen zur »Kommunikationsdemokratie«**

Kommunikation über Politik beginnt im Alltag. Subjektiv sind für viele Menschen die Probleme in den letzten Jahren immer größer und bedrohlicher geworden – unabhängig davon, ob der Einzelne persönlich davon tatsächlich betroffen ist oder nicht. Diese Ängste (vor z.B. Arbeitslosigkeit, Verschuldung, Kürzungen von Sozialleistungen, Arbeitsbelastungen) paaren sich mit einer großer Erwartungshaltung gegenüber der Politik und ihren Entscheidungsträgern.

Die Politiker und Politikerinnen wiederum bieten echte oder vermeintliche Lösungsvorschläge mit Worten an (z.B. Ministerpräsident Kretschmann wirbt in Hauptstadtrede für mehr Bürgerbeteiligung), ohne dass die meisten Bürger und Bürgerinnen mit den tatsächlichen Veränderungen zufrieden wären. Die erwähnte Verunsicherung äußert sich in medial inszenierten Bürger-Äußerungen und in Diskussionen zwischen Politiker/innen und Bürger/innen. Das plebiszitäre Verlangen nach klaren, möglichst eindeutigen Lösungen scheint offensichtlich zu sein bzw. wird verstärkt durch die stetige mediale Reproduktion. Gestaltung und Aushandlung von Politikkonzeptionen vollzieht sich in Sprache. Dadurch wird offenbar, dass das Reden über Politik fast genauso wichtig geworden ist wie die Politikinhalt selbst. Bewusstseinskomponente und Handlungskomponente treffen zusammen: somit rückt das Medium der Auseinandersetzung und des politischen Agierens in den Mittelpunkt, und das ist der Sprachgebrauch in politischen Zusammenhängen.

Wissen über Gepflogenheiten des Sprachgebrauchs in der Politik ist so betrachtet Voraussetzung für die Teilhabe am politischen Leben, also für das Verstehen und Beurteilen von Politischem. Im Alltag mit dialogischen Kommunikationsformen stellt die Tatsache der inhaltlichen Unschärfe des Mediums Sprache kein größeres Problem dar – wir können nachfragen, klären, protestieren. Im politischen Bereich der öffentlichen, monologischen Kommunikation (»Einbahnstraßenrichtung« von Politiker/innen zu Bürger/innen) kann die Divergenz von Sprecherintention und Hörererwartung eine wesentliche Ursache von Politik(er)verdrossenheit sein.

Eine solchermaßen als »Kommunikationsdemokratie« zu bezeichnende Gesellschafts- und Staatsform benötigt daher kommunikationskompetente Bürger/innen, kurz und gut, mündige und »öhrige« Bürger und Bürgerinnen. Damit sind Bürger/innen gemeint, die zwischen den Worten und dem politischen Agieren zu differenzieren wissen, also um den Unterschied zwischen Bezeichnung (= Ausdruck) und dem subjektiven und individuell unterschiedlichen Begriffsinhalt (= Bedeutung) wissen, und sich daher auf die Präzisierung und den Ab-

gleich der verschiedenen Begriffsinhalte konzentrieren können. Gelingt dies, wäre Enttäuschungen geringerer Erfolg beschieden. Und damit sind wir bei des Pudels Kern angelangt: nämlich der Unterscheidung von Politikinhalt einerseits und sprachlicher, handlungsstrategischer »Verpackung« andererseits.

Die im Weiteren skizzierten Verfahren dienen in erster Linie dem folgenden Zweck: sie sollen bei der Explizierung von Bedeutung helfen (insbesondere von implizit vermittelter und nur intuitiv erfasster) und zu Bewusstheit im politischen Sprachgebrauch beitragen, so dass Staatsbürger/innen an Kommunikationsprozessen (in politischen Kontexten) sicherer teilnehmen können.

## Analyseinstrumentarien

Im Folgenden werden Instrumentarien zum Erfassen von Charakteristika des politischen Sprachgebrauchs vorgestellt.

### *Bezeichnungs- und Bedeutungsaspekte von Wörtern (Semantik)*

»Wer die Dinge benennt, beherrscht sie. Definitionen schaffen ›Realitäten‹. Wer definiert, greift aus der Fülle der möglichen Aspekte einen heraus, natürlich denjenigen, der ihm wichtig erscheint. Diese ›Reduktion von Komplexität‹ (Niklas Luhmann) geschieht überall ...« (Greiffenhagen, Martin (Hg.) (1980): Kampf um Wörter? Politische Begriffe im Meinungsstreit. München, S. 12.) Diese überspitzt formulierte These bezieht Martin Greiffenhagen auf den Kampf um Wörter im politischen Meinungsstreit. Eine Analyse von konkurrierenden Bezeichnungen verschiedener Parteien für den gleichen oder einen ähnlichen Sachverhalt (z.B. wünscht die Gesellschaft eine »Leitkultur« oder eine »Metakultur«?) kann dazu beitragen, gerade die bedeutungsunterscheidenden Wortaspekte, also Konnotationen oder Assoziationen, in ihren ideologischen Zusammenhängen aufzuspüren. Es gibt zwei Untersuchungsrichtungen: entweder versucht man Bedeutungsaspekte eines häufig bis inflationär benutzten Wortes oder einer Wortgruppe herauszuarbeiten (z.B. *Globalisierung* bedarf oft der Erläuterung im Diskurs, da es ansonsten als Worthülse wahrgenommen werden könnte), oder man vergleicht verschiedene Bezeichnungen für ein und denselben Sachverhalt (*Kriegseinsatz* versus *humanitäre Intervention*).

Zwei gängige Taktiken im politischen Kampf um Wörter sind besonders hervorzuheben.

#### ■ Die Taktik »Begriffe besetzen«:

Wenn eine politische Gruppierung (z.B. eine Partei, ein Interessenverband usw.) glaubwürdig für ihre politischen Ziele einen Begriff prägen und beanspruchen kann (z.B. »ökologische Gerechtigkeit«), dann kann diese Gruppierung gegebenenfalls einen Vorteil gegenüber den politischen Gegnern erzielen. In der gegenwärtigen politischen Auseinandersetzung wetteifern die Volksparteien verbal um die »politische Mitte«. Im Bundestagswahlkampf von 1998 übernahm der SPD-Kandidat Gerhard Schröder als Herausforderer von Bundeskanzler Helmut Kohl den Begriff der Mitte, setzte ein Adjektiv davor und machte so mit der Losung der »neuen Mitte« einen traditionell von den Konservativen besetzten Begriff zum Fahnenwort seiner Kampagne. Noch heute wird kolportiert, dass derjenige die Wahl gewinne, dem es gelingt, die politische Mitte für sich zu gewinnen.

- Die Taktik »Eigen- und Fremdzuschreibung von Eigenschaften«:  
Wenn eine politische Gruppierung in überzeugender Form mit Hilfe eines Slogans wie z.B. »Freiheit statt Sozialismus« (Wahlkampf 1976) sich selber positiv bewertete Eigenschaften (hier »Wir stehen für Freiheit«) und dem politischen Gegner negativ bewertete Eigenschaften (hier »Die anderen stehen für Unfreiheit und Bevormundung«) zuzuschreiben vermag, so kann daraus eventuell politisches Kapital geschlagen werden.

In diesem Zusammenhang muss die populäre Auffassung, dass politische Schlagwörter leere Worthülsen seien, relativiert werden. Denn so einfach ist es nicht. Was versteht man eigentlich unter einem »Schlagwort«?

Als »politische Schlagwörter« werden Wörter oder Wortgruppen dann bezeichnet, wenn sie in öffentlichen Auseinandersetzungen häufig, oft inflatorisch verwendet werden und wenn sie in verdichteter Form politische Einstellungen ausdrücken oder provozieren und ihnen deswegen eine gewisse Vagheit anhaftet. Mit Schlagwörtern wird versucht, eine politische Beeinflussung von Adressaten und Adressatinnen zu erlangen. Jedoch sind nicht nur die Inhalte der Schlagwörter umkämpft, sondern manchmal entbrennt auch ein Kampf um die Wörter selbst. Um in der Kampfmetaphorik zu bleiben: Wer dem politischen Gegner die Waffe – gemeint sind Schlagwörter – entwendet, wer sie ihm entschärft, oder wer selbst eine spezielle Wortwahl zur Abwehr des gegnerischen verbalen Angriffs erfindet und benutzt, der kann Vorteile im politischen Meinungsstreit erzielen.

Aus diesen Gründen ist die politische Auseinandersetzung, die im Wesentlichen in Medien mit begrenztem Platz- oder Zeit»budget« geführt wird, nicht nur als Kampf mit Wörtern zu betrachten, sondern auch als Kampf um Wörter, nicht selten um Schlagwörter. Über welche realistischen Alternativen zur Verwendung von komprimierten und zwangsläufig vagen Formulierungen die politisch Verantwortlichen in der heutigen Demokratie (manche sprechen auch von »Telekratie« oder den »Medien als der vierten Gewalt im Staate«) tatsächlich verfügen, sollte in unserer Gesellschaft grundständig diskutiert werden. Eine solche Fragestellung ist ein Beitrag zum Einüben der Perspektivenübernahme und kann den ein oder anderen Politik- oder Politikerverdrossenen stärker in die Pflicht nehmen.

Dem Schlagwort, aber auch dem verwandten Slogan, können demnach – vereinfacht formuliert – drei Funktionen zugeschrieben werden:

- Inhaltlich verdichtete Charakterisierung von Sachverhalten und der Verweis auf sie
- Explizite oder implizite Bewertung des Sachverhalts
- Ein von Sprecher oder Sprecherin beabsichtigter Wirkungsversuch beim Adressaten (Appell an die Zuhörer/in oder Leser/in)

Wer Schlagwörter verwendet, legt sich auf Grund der inhaltlichen Vagheit nur bedingt fest. Dennoch weiß der Sprecher oder die Sprecherin um die positive (beschönigende) oder negative (abwertende) Wirkung seiner Worte. Schlagwörter zielen auf öffentliche Wirkung mit der Absicht, möglichst viele Menschen für die eigene Sache

zu gewinnen. Dabei gilt es eine fast paradoxe Sprechersituation zu bedenken: Auf der einen Seite steht der Vorwurf, die Politiker/innen würden sich zu vage, zu »schwammig« ausdrücken (durch solche Formulierungen kann man etwaigen Vorwürfen, Wahlversprechen gebrochen zu haben, besser entgegnen und sich Spielräume für Koalitionsverhandlungen offen halten), auf der anderen Seite steht die folgende Erkenntnis: Je präziser die gewählte politischen Begrifflichkeit ausfällt und je konkreter sie eine politische Vision oder eine für notwendig erachtete Maßnahme oder eine angestrebte Lösung auf einen Begriff bringt, desto geringer fällt wahrscheinlich ihre Integrationsleistung aus, weil bestimmte Zielgruppen sich nicht mehr angesprochen fühlen. Politikwissenschaftler wie Franz Walter vertreten die Ansicht, dass das verschwommene Profil der Parteien zum Teil durchaus den Wählerwillen widerspiegeln: »Die meisten Deutschen sind wie die Liberalen für kräftige Steuerentkungen, wollen aber auch mit den Sozialdemokraten verlässlichen sozialstaatlichen Schutz. Sie sind keine täglich praktizierenden Christen mehr, halten aber doch möglichst an den kirchlichen Riten bei Geburt, Eheschließung und Todesfall fest. Sie sortieren gewissenhaft den Hausmüll, empören sich aber pfennigfuchserisch über ökologisch vernünftige Energiepreiserhöhungen. [...] Die Majorität der Republik ist ein bisschen sozialdemokratisch, ein bisschen neoliberal, ein bisschen christlich und ein bisschen grün, in manchen Fragen der inneren Sicherheit und Migration durchaus auch ein bisschen rechtspopulistisch geneigt«. (Die Zeit Nr. 33 vom 8.08.2002, S. 19.)

### ***Mit Sprache handeln***

Im Unterschied zur gängigen Auffassung, wonach Reden und Tun bzw. Worte und Taten unvereinbare Gegensätze darstellen, versucht die pragmatische Linguistik genauer zu untersuchen, wie Sprachbenutzer/innen mit Sprache handeln (z.B. jmd. informieren, etwas darlegen, jmd. überzeugen, jmd. etwas versprechen, jmd. ermahnen, jmd. mit Worten verletzen, jmd. für etwas verantwortlich machen usw.). Die Forschungsrichtung der Sprachpragmatik will den Sprachgebrauch als Handeln von Menschen in sozialen Situationen erklären und konkreter beschreiben. Beim sprachlichen Handeln in konkreten Situationen mit ihren vielschichtigen Einflussfaktoren versteht der /die Hörer/in auf Grund der im Medium liegenden Vagheit (gerade bei Abstrakta im politischen Bereich) selten genau das, was der/die Sprecher/in zu sagen glaubte. Im Alltag bleibt dieser Umstand gewöhnlich ohne Folgen, weil unbemerkt und im Hinblick auf lebenspraktische Konsequenzen meist irrelevant.

Die folgenden Untersuchungsaspekte können das angesprochene hermeneutische Problem in seiner Allgemeinheit etwas zu konkretisieren helfen, wenn sie an die Rezeption politischer Texte oder an die Lektüre der Wahlprogramme herangetragen werden:

- Text- und Wirkungsfunktionen des Geäußerten:  
Vermutete Politikerintentionen auf der einen Seite und antizipierte Rezipientenwirkungen auf der anderen Seite. Als die dominierende Text- und Wirkungsfunktion von z.B. Wahlprogrammen wird von den Verantwortlichen vorzugsweise die vermeintlich neutrale und sachliche Informations- und Darstellungsfunktion postuliert. Allerdings ist anzumerken, dass die dabei vorgenommenen impliziten Bewertungen und selektiven Perspektivierungen zur Darstellung des Sachverhalts im gewünschten Lichte vielen Rezipienten nicht bewusst sind bzw. auf Grund der Komplexität der Zusammenhänge auch nicht bewusst sein können. Ein

Beispiel stellen die Begründungsmuster auf der Basis der Pisa-Studie dar. Jede Partei wählt den Ausschnitt der Pisa-Studie aus, der in die eigene Argumentation passt, und interpretiert ihn zugunsten der eigenen bildungspolitischen Leitlinie, ohne den eigenen Standpunkt relativierende Ergebnisse zu erwähnen.

- Phänomen der Polyfunktionalität:  
Derselben Äußerung können – bezogen auf eine kommunikative Handlung – verschiedene Funktionen und Wirkungsabsichten zugrunde liegen. Diese Betrachtungsweise geht meist Hand in Hand mit der der Mehrfachadressierung, welche die verschiedenen Funktionen von Äußerungen aus dem Blickwinkel der vermuteten Wirkungen auf spezifische Adressatengruppierungen erfassen möchte. So kann beispielsweise das im politischen Sprachgebrauch häufig verwendete Lexem *Freiheit* bei Bürgern und Bürgerinnen, die eher in wirtschaftlichen Kontexten denken und arbeiten, andere Bedeutungsaspekte und Wirkungen hervorrufen als bei Menschen, die diesen Ausdruck eher vor dem Hintergrund eines Spannungsverhältnisses zwischen staatlich regulierenden und individualistischen Positionen rezipieren.
- Phänomen der Mehrfachadressierung:  
»Von einer Mehrfachadressierung kann dann gesprochen werden, wenn ein und dieselbe Äußerung als an mehrere und verschiedene Adressaten gerichtet beschrieben werden kann, wobei der Äußerung adressatenspezifisch jeweils andere Bedeutungen zugeordnet werden können«. Bekanntestes Beispiel für die Mehrfachadressierung ist die Textsorte der Arbeitszeugnisse, die vom ungeschulten Arbeitnehmer oder Arbeitnehmerin im Unterschied zum versierten Arbeitgeber oder Arbeitgeberin völlig unterschiedlich interpretiert werden.

Wenn wir also beispielsweise von politisch angemessener Ausdrucksweise in Diskursen sprechen, so dürfen wir den Blickwinkel nicht auf die Wortebene verengen, sondern müssen auch Mehrwortverbindungen (z.B. *Freiheit statt Sozialismus* oder *Gerechtigkeit vor Bonzenwohlstand*) bis hin zu Sätzen und Texten in Augenschein nehmen. Die politischen Akteure im engeren, aber auch die Staatsbürger/innen als Politakteure im weiteren Sinne nehmen an politischen Diskursen teil, wenn sie politisches Handeln auch als ein sprachliches Handeln oder besser gesagt als ein »Handeln mit sprachlichen Mitteln« verstehen. Diskurs meint – allgemein gesprochen – Texte und/oder Gespräche, die ein gemeinsames Diskursthema haben (z.B. Bundeswehreinräte im Ausland, gerechte Steuerpolitik) und von daher als ein aufeinander verweisendes und als ein zusammengehörendes Text- und Gesprächsnetz zu einem Thema zu verstehen sind. Dabei gilt es zum Zwecke einer Diskursanalyse politischer Sprache verschiedene Betrachtungsebenen zu unterscheiden, wie die folgenden Beispiele illustrieren.

(I) Auf der Wortebene ist zwischen Schlüssel-, Fahnen- und Stigma-Wörtern zu differenzieren. Schlüsselwörter (Leitvokabeln) sind häufig vorkommende Ausdrücke, die in besonders verdichteter Weise einen komplexen Zusammenhang in einem Wort zusammenfassen (z.B. *Nachhaltigkeit, Umweltverträglichkeit, Stabilität*). Fahnenwörter sind Ausdrücke mit besonders integrierendem und werbewirksamem Charakter, die von politischen Akteuren benutzt werden, um für positiv eingeschätzte Sachverhalte, Ideen oder Haltungen möglichst viele Anhänger zu gewinnen (z.B. *Freiheit, Bildungschancen, sichere Zukunft, Friede, soziale Gerechtigkeit, Wohlstandssicherung*). Dahingegen werden Stigmawörter eingesetzt, um die politische Ansicht oder das Handeln

des politisch Andersdenkenden durch pejorative Bezeichnungen abzuwerten und damit die eigene politische Gruppierung aufzuwerten (z.B. *Herdprämie* als Bezeichnung für die von Initiatoren als Betreuungsgeld etikettierte finanzielle Zulage für Menschen, die ihre Kinder zu Hause erziehen, ohne das Angebot einer Betreuungseinrichtung wahrzunehmen). Hierfür wird das Gegenteil der abgewerteten Haltung – also die positive Entsprechung – der eigenen Gruppe zugeschrieben. So impliziert die Ausdrucksweise ›Politik der sozialen Kälte‹ als Zuschreibung für den politischen Gegner, dass die eigene politische Gruppierung für ein sozialverträgliches Miteinander einsteht. Weitere Sprachbeispiele sind: *Seilschaften, leistungsfeindliche Politik, Politik auf dem Rücken sozial Schwacher, Klientelpolitik*.

(II) Auffällige Mehrwortverbindungen wie z.B. ›stolz darauf, ein Deutscher zu sein!‹. Eine häufig gestellte Frage im Kontext von Sprache und Politik lautet: »Darf ich die Wortverbindung ›stolz sein auf‹ verwenden – und zwar in Kontexten wie ›stolz, ein Deutscher oder eine Deutsche zu sein‹?« Eine entsprechende Wortverbindung sei in anderen Sprachen wie z.B. dem Spanischen immer wieder zu hören, ohne dass dabei eine politische Einordnung des Sprechers feststellbar wäre. Im Deutschen sei die Formulierung mit Problemen behaftet, weil die Mehrwortverbindung ›stolz sein auf‹ von rechtsradikalen Gruppen verwendet werde und die Wörter selbst durch den nationalsozialistischen Sprachgebrauch vorbelastet erschienen. Wie kann man aus dieser Formulierungsklemme herauskommen, wenn man einen ähnlichen Gedanken ausdrücken möchte, ohne mit anti-demokratischen Bewegungen in Verbindung gebracht zu werden?

Folgende Überlegungen empfehlen sich als Strategie, wenn in Bezug auf das angesprochene Themengebiet die Frage eines Ratsuchenden lautet: In welcher Form soll ich mich ausdrücken, wenn ich mich nicht von einer politischen Seite vereinnahmen lassen möchte?

- Verwende den als vorbelastet eingeschätzten Ausdruckskomplex und gib explizite Hinweise, zu welcher politischen Gruppierung du nicht gezählt werden willst oder zu welcher schon eher. Die Verwendungsweise des problematischen Ausdrucks wird dann (zustimmend oder abgrenzend) im Hinblick auf den Sprachgebrauch bekannter Interessengruppen markiert.
- Vermeide den als problematisch eingeschätzten Ausdruckskomplex: Bei einer Entscheidung für diese sprachliche Strategie müsste der oder die Sprachbenutzer/in sinn- und sachverwandte Wörter oder Paraphrasierungen benutzen. Die Gefahr, auf Grund der Verwendung bestimmter Erkennungswörter zu einer bestimmten Gruppierung gezählt zu werden, wäre dadurch zwar minimiert. Allerdings wäre der Formulierungsaufwand erheblich höher und müsste hinsichtlich Präzision, Ökonomie und Verständlichkeit überdies in einer Form gelingen, die von den Zuhörer/innen als authentisch für die Sprecher/innen gewertet wird. Wenn ein Sprecher oder eine Sprecherin beispielsweise die eigene Kritik gegenüber allen Phänomen, die im Zusammenhang der Globalisierung gesehen werden, auch dadurch ausdrücken möchte, dass er/sie den Ausdruck »Globalisierung« vermeiden möchte (weil das Wort und die damit verbundene Sache mitunter vorschnell als Erklärung für die vermeintliche Unveränderbarkeit von Zuständen in Form eines »Totschlagsarguments« angeführt wird), so hat er/sie es nicht leicht, sich mit Hilfe von Synonymen wie z.B. »Internationalisierung« oder ähnlichen Wörtern verständlich zu machen. Darüber hinaus muss er oder sie vermutlich

dem oder der Zuhörer/in erklären, warum er /sie das verbreitete Wort »Globalisierung« nicht benutzt, wo der/die durchschnittliche Zuhörer/in in dem entsprechenden Kontext mit dem Ausdruck rechnet.

In diesem Zusammenhang ist entscheidend, dass der Sprachgebrauch von Kommunikationsteilnehmern und Kommunikationsteilnehmerinnen als Indikator für eine bestimmte Denkungsart gedeutet werden kann.

(III) Auf Satzebene soll das Problem an folgenden sinn- und sachverwandten Sätzen verdeutlicht werden. »Die Regierung erhöht die Steuern« – »Die Steuern werden erhöht« – »Die Regierung will die Steuern erhöhen« – »Die Regierung muss die Steuern erhöhen«. Grundsätzlich zu beachten ist, ob in den Formulierungen die Verantwortlichen politischer Handlungen und Zustände erwähnt oder ausgeklammert werden (Agenserwähnung im Aktiv, Agensausparung im Passiv). Darüber hinaus ist im Hinblick auf die Modalität – also ob das Vollverb *erhöhen* mit *will* oder *muss* »eingefärbt« wird –, zu untersuchen:

- Sind die erwähnten Sachverhalte das Resultat benennbarer Variablen (z.B. Menschen, Entscheidungen, Ereignisse)?
- Oder soll eine Ursache-Folge-Kette unerwähnt bleiben (z.B. mit der Formulierung *die Entwicklung geht dahin*), um die Veränderungen als verselbständigte Erscheinung zu versprachlichen, die von äußeren Umständen »diktiert« erscheint und nicht im Verantwortungsbereich bestimmter Akteure liegt?

## Fazit:

(1) Es geht bei der Betrachtung politischen Sprachgebrauchs um die Angemessenheit der Ausdrucksweise, die neben den politisch umstrittenen Inhalten selbst ihrerseits umkämpft sein kann. Aus diesem Grunde wurde in den 1970er Jahren auch die zugespitzte Formulierung geprägt, ein Streit um politische Inhalte sei gleichsam ein Streit um Worte, ein semantischer Kampf.

(2) Unabhängig davon, welcher sprachlichen Strategie der Sprecher oder die Sprecherin den Vorrang gibt: entscheidend ist die konsequente Trennung von Beschreibungs- und Beurteilungsebene. In diesem Sinne sollte so gut wie möglich zwischen Werturteilen in der Sache (Pro und Contra von Steuersenkungen und -erhöhungen) und ihren Versprachlichungsformen (z.B. *Steueranpassung* versus *Steuererhöhung*) unterschieden werden. Linguistisch reflektierte Analyse politischer Sprache sollte den Menschen beim relativ selbstbestimmten Auffinden von Handlungsoptionen unterstützen und mögliche Wirkungen von Form-Inhalts-Zusammenhängen aufzeigen. Somit stellt sie ein Hilfsangebot für Sprachbenutzer/innen im Sinne einer linguistischen Aufklärung zur Verfügung.

## Autor

---

**Prof. Dr. Ekkehard Felder** ist Professor für Germanistische Linguistik an der Universität Heidelberg und einer der Direktoren des Europäischen Zentrums für Sprachwissenschaften (EZS). Seine Arbeitsschwerpunkte liegen unter anderem in den Bereichen der politischen Sprachanalyse, der Rechtssprache und der linguistischen Diskursanalyse.

### Kontakt

Prof. Dr. Ekkehard Felder  
Universität Heidelberg  
Germanistisches Seminar  
Hauptstraße 207-209  
D-69117 Heidelberg  
Tel. (0 62 21) 54-32 40  
E-Mail: [Felder@gs.uni-heidelberg.de/](mailto:Felder@gs.uni-heidelberg.de/)  
Internet: <http://www.gs.uni-heidelberg.de/spracheo2/>

## Redaktion

---

Stiftung MITARBEIT  
Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft  
Eva-Maria Antz, Ulrich Rüttgers  
Ellerstr. 67  
53119 Bonn  
E-Mail: [newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de](mailto:newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de)